Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Bestellungen nehmen die Austräger und die Geschäftsstelle entgegen. — Erscheint werktäglich. Fernsprech-Anschluß Nr. 53.

Telegramme: Tageblatt Erzgebirge — Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aue. — Postscheckkonto: Amt Leipzig Nr. 1066

Nr. 110 — Donnerstag, den 12. Mai 1932 — 27. Jahrgang

Reichstag wieder stürmischer

Sachliche Aussprache über Wirtschaft und Arbeitsbeschaffung — In der allgemeinen Aussprache heftige Auseinandersetzungen

Schuldentilgungsgesetz angenommen

Berlin, 10. Mai. Im Reichstage wurde heute das Schuldentilgungsgesetz in 1. und 2. Beratung gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.

§ 8 dieses Gesetzes, der die Ermächtigung zur Sparprämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung enthält, wurde mit 245 gegen 224 Stimmen angenommen. In diesem Falle hatte auch die Deutsche Volkspartei mit der Opposition gestimmt. — Die 3. Beratung wird später stattfinden.

Der Sitzungsverlauf

Die erste Beratung des Schuldentilgungsgesetzes wurde heute im Reichstag fortgesetzt.

Abg. Bang (Dnl.) nennt es eine leere Farce, wenn der Etat dem Reichstag vorgelegt wird, obwohl die Regierung jetzt schon die Absicht verkündet, im Falle einer Nichtannahme den Etat durch Notverordnung in Kraft zu setzen. Unter einem wirklich parlamentarischen Regime würde die Ablehnung des Etats zum Rücktritt der Regierung führen müssen. Deutschland werde aber schon seit Jahren durch Notverordnungen regiert. Unter dieser Diktatur der Reichsbürokratie klinge jene Notverordnung verdammt modern, die im Jahre 1837 der reaktionäre preußische Minister von Rochow erließ, und in der es hieß: „Dem Untertanen ziemt es nicht, an die Handlungen der Regierung den Maßstab seiner beschränkten Einsicht anzulegen!" Mit dem verfassungsrechtlich nicht haltbaren Selbstbewilligungsverfahren des Reichsfinanzministers für die Kredite fallen wir zurück in die Zeit der Willkür und Unordnung vorkonstitutioneller Zeiten. Wir verlangen Vorlegung einer Zusammenstellung über alle bisherigen Selbstbewilligungen. Wir fordern Aufklärung über die Verwendung von 500 000 Mark für Wahlzwecke. Der jetzige Anleiheermächtigungsplan der Regierung verdient die Ueberschrift „Das System von heute in der Sackgasse." (Beifall rechts.) Diese Vorlage wird unter keinen Umständen den Zusammenbruch des Haushaltswesens aufhalten. Auch die Notverordnungen vom Oktober und Dezember 1931 haben den Ausgleich nicht bringen können. Sie haben im Gegenteil mit der steigenden Strangulierung der Privatwirtschaft und ihrer steigenden Sozialisierung das Unheil nur vertieft. In einem gesunden Staate lebt die Wirtschaft von der Politik, bei uns lebt seit 13 Jahren die Politik von der Wirtschaft mit dem Erfolge ihrer Zerstörung. Währung und Reichsetat sind bei uns zu etwas geworden, was wir als Kinder auf dem Jahrmarkt als „Mädchen ohne Unterleib" anstaunten. (Heiterkeit.)

Wie es um die Gemeinden, selbst um die größten, steht, brauche ich hier nicht darzulegen. Im höchsten Maße ernst liegen die Dinge vor allem in Sachsen mit seiner dichten Bevölkerung, wo die Mittel zur Unterstützung der Erwerbslosen und sonstigen Rentenempfänger fast durchweg erschöpft sind.

Helfen kann uns allein die Befreiung und Entlastung der freien Wirtschaft bei grundsätzlicher Umstellung des staatssozialistischen Apparates. Das gilt auch für die Arbeitsbeschaffung. Bisher ist das Gegenteil geschehen. Insgesamt hat seit 1925 eine Steigerung der Belastung des Steuerzahlers von 45,2 Prozent stattgefunden und zwar wesentlich bei den direkten Belastungen.

Nächstens werden die Steuern wahrscheinlich mit dem Ueberfallkommando eingetrieben.

Es ist jedenfalls kein Wunder, wenn die rigorose Praxis der Steuerbehörden in steigendem Maße zu Verzweiflungsakten führt. Wir verurteilen solche Verzweiflungsakte; aber eins muß einmal ausgesprochen werden: Die intellektuellen Urheber solcher Verzweiflungsakte sitzen auf deutschen Regierungsbänken. Auf dem bisherigen Wege notverordnen wir uns in den Untergang.

Abg. Baltrusch (Volksnat. Reichsver.) stimmt dem Schuldentilgungsgesetz zu. Im Vordergrunde steht die Frage: Wie können wir unsere beschäftigungslosen Volksgenossen wieder zum produktiven Schaffen bringen? Wir lehnen einen weiteren Lohnabbau ab, auch wenn er sich hinter dem Schlagwort „Auflockerung der Tarifverträge" verbirgt. Ohne Abschaffung der Tribute kann unsere Wirtschaft nicht wieder in Gang gebracht werden. Wir erwarten, daß in Lausanne das „Nein" des Reichskanzlers aufrecht erhalten wird.

Abg. Straßer (Natsoz.). Seit 1930 hat sich trotz der inzwischen aufeinanderfolgenden gewaltigen nationalsozialistischen Wahlsiege an der Reichspolitik gar nichts geändert. Die Regierung führt nur den Kampf gegen uns, nicht aber den Kampf für das deutsche Volk. Der Aufstieg der Nationalsozialisten ist der Protest des Volkes gegen einen Staat, der das Recht auf Arbeit und Wiederherstellung des natürlichen Auskommens verweigert, weil er nur daran denkt, die Preise und Gewinne der Börse in die Höhe zu treiben. Diese große antikapitalistische Sehnsuchtswelle, die durch das deutsche Volk geht, findet ihre Befriedigung nicht mehr in der Sozialdemokratie, die am 1. Mai den Massen nichts weiter zu verheißen wußte als Arbeitszeitverkürzung, Weltfriede und Klassenhaß. Früher verlangten die Sozialdemokraten wenigstens den Lohnausgleich bei der Arbeitszeitverkürzung. Die von Ihnen als Allheilmittel gepriesene Arbeitszeitverkürzung bedeutet ohne Lohnausgleich einen 16prozentigen Lohnabbau und den Ausgleich auf die Weise, daß alle verhungern. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben auf ihrem Kongreß einen viel vernünftigeren Standpunkt eingenommen als die Sozialdemokratische Partei. Ueber das Arbeitsbeschaffungsprogramm dieser Gewerkschaften läßt sich reden. Wir sind bereit, daran mitzuarbeiten und sehen in dem im Organ der „Freien Gewerkschaften" von Woytinski dafür entworfenen Finanzierungsplan viele Gedanken, die unsere Gedanken sind. Den Regierungsplan der Sparprämienanleihe lehnen wir ab. Er versucht eine Lösung, die keine Rücksicht auf die deutsche Arbeiter nimmt. Wir verlangen eine Aenderung der schwächlichen Fassung des Verfassungsartikels 163 dahin, daß es künftig heißt, das jeder Deutsche das Recht auf Arbeit haben muß. Für Arbeitsbeschaffung gibt es immer Geld. Es ist dafür besser angelegt als für die Sanierung von Banken. Wir werden Arbeit schaffen durch die Schaffung von Eigenheimsiedlungen. An dem Tage, an dem wir die Regierung übernehmen, wird der erste Spatenstich dazu gemacht. 8½ Millionen Hektar Land in Deutschland muß trainiert werden. Hier zeigt sich reiche Arbeitsmöglichkeit. Noch immer sind viele Millionen Hektar Moor und Oedland urbar zu machen. Hier könnte die Arbeitsdienstpflicht sich bewähren. **Die in der freien Wirtschaft ausgeführten Arbeiten müssen zum Tariflohn bezahlt werden, für die übrigen Arbeiten ist die Arbeitsdienstpflicht da. Wenn der Staat erst durch die Arbeitsvergebung den Motor angekurbelt hat, dann wird er in zwei Jahren von selbst weiterlaufen, denn Arbeit erzeugt neue Arbeit.** Wir wollen die Finanzierung des Arbeitsprogramms durch eine eigens dafür bestimmte Wirtschaftsbank durchführen. Die Ersparnisse an Erwerbslosenunterstützung, das Mehraufkommen an Steuern, bieten die Möglichkeit für eine zusätzliche Kreditschöpfung, die solange unbedenklich ist wie ein starker, sauberer Staat darüber wacht, daß damit kein Mißbrauch getrieben wird. Eine Neuorganisation der Elektrizitätswirtschaft muß dem jetzigen Wucher bei den Licht- und Strompreisen ein Ende machen. Das wichtigste ist aber die radikale Senkung des viel zu hohen Zinsfußes.

Wenn wir hier unser Programm vorlegen, so erkennen wir an, daß Brüning an alle diese Probleme mit dem besten Willen herangegangen ist,

aber es war ihm unmöglich, seine Pläne durchzuführen, weil er seine ganze Kraft darauf verwenden mußte, die heterogenen Parteien zusammenzuhalten, mit denen er regiert. Mit einer Vielheit von kleinen Parteien kann man in dieser schicksalsschweren Zeit nicht regieren, sie müssen weg. Regieren kann man nur mit einer Volksbewegung, die ihrem Führer unbedingtes Vertrauen entgegenbringt. So haben wir gegen Sie alle unsere Bewegung aus dem Nichts aufgebaut. Zur Erfüllung unserer Pläne erhoffen wir die Hilfe des Herrgotts, das Urteil überlassen wir der Geschichte.

Abg. Hepp (Landvolk) schließt sich dem nationalsozialistischen Vorredner in der Kritik der Wirtschaftspolitik der Regierung in vielen Punkten an.

Damit ist die 1. Beratung des Schuldentilgungsgesetzes beendet. Die Nationalsozialisten beantragen Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß. Dieser Antrag wird im Hammelsprung mit 264 gegen 209 Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen abgelehnt.

Es folgt die 2. Beratung, in der das Schuldentilgungsgesetz gegen die Stimmen der Nationalsozialisten, Kommunisten und Deutschnationalen angenommen wird.

§ 8, der die Ermächtigung zur Sparprämienanleihe für die Arbeitsbeschaffung enthält, wird im Hammelsprung mit 245 gegen 224 Stimmen angenommen. In diesem Falle hat auch die Deutsche Volkspartei mit der Opposition gestimmt.

Es folgt nun

die allgemeine politische Aussprache,

mit der die Mißtrauensanträge und die Anträge gegen das Verbot der kommunistischen Gottlosenorganisation und gegen die Auflösung der nationalsozialistischen Sturmabteilungen und Schutzstaffeln verbunden sind.

Abg. Graßmann (Soz.) verliest zunächst aus der Zeitschrift „Diktatur" die Sätze, in denen von der Gefahr ausspricht, daß die Nationalsozialisten im Falle eines feindlichen Ueberfalles auf Deutschland sich dem Abwehrkampf nicht anschließen würden, solange noch das jetzige Regierungssystem besteht. Der Redner polemisiert dann gegen die Ausführungen des Abg. Bang und weist darauf hin, daß die verarmte deutsche Wirtschaft heute noch immer 2½ Mal so viele Direktoren beschäftigt wie in der Vorkriegszeit. Die Fehlleitung des Kapitals habe in den kartellierten Betrieben immer schlimmere Formen angenommen in der gleichen Zeit, in der Millionen vom Arbeitslosen als Bettler von Haus zu Haus ziehen. In dem Versagen der sogenannten Wirtschaftsführer liege eine fürchterliche Bankerotterklärung des kapitalistischen Wirtschaftssystems.

Abg. Göring (Natsoz.): Das Kabinett Brüning, das sich als Kabinett der Frontsoldaten vorgestellt hat, ist tatsächlich ein Kabinett der Illusionen. Diesem Kabinett, das auf allen Gebieten versagt und alle Hoffnungen enttäuscht hat, sprechen wir in seiner Gesamtheit unser Mißtrauen aus. Brüning und Groener haben die geringe Einschätzung Deutschlands als Machtfaktor verschuldet, die sich in den Fällen Danzig und Memel gezeigt hat. Wenn sich in beiden Fällen schließlich der deutsche Widerstand durchgesetzt hat, so ist dies nicht dem Kabinett, sondern der nationalen Welle zu danken, die über die Reichsgrenzen hinausgegangen ist. Das Verbot der SA. und SS. betrachten wir als die moralische Abrüstung des nationalen Freiheitswillens durch die Regierung. Diese Sturmabteilungen und Schutzstaffeln sind keine Privatarmee, sondern sie dienten ausschließlich dem Schutz unserer Partei gegen den Mordterror der Gegner. Die Beschuldigung des Landesverrats gegen unsere Organisationen wird in nichts zerflattern. Wir wollen doch die Ressortgrenzen achten, für Landesverrat sind Sie (zu den Soz.) zuständig! Diese Aeußerung führt zu stürmischen Protestkundgebungen der Sozialdemokraten. Mehrere Sozialdemokraten rufen: „Dieser Lump will uns beschimpfen!" — Vizepräsident Esser ruft den Abg. Göring wegen seiner letzten Bemerkung zur Ordnung. Einige Sozialdemokraten rufen: „Das genügt nicht, der Lump muß raus!" Vizepräsident Esser: Wir haben nun 1½ Tage lang ruhig verhandelt und wollen doch nun weiter ruhig bleiben.

Abg. Göring fortfahrend: Es ist bestritten worden, daß das Verbot der SA. auf ausländische Einflüsse zurückzuführen ist. Ich richte aber an den Reichskanzler die Frage, ob es richtig ist, daß der Botschafter von Hoesch in wiederholten Telegrammen darauf hingewiesen hat, daß das Verbot der SA. für die Abrüstungskonferenz und für die weiteren internationalen Verhandlungen dringend notwendig sei.

Reichskanzler Dr. Brüning: Diese Frage kann ich sofort dahin beantworten, daß in keinem Telegramm des Botschafters von Hoesch von einem Verbot der SA. auch nur die Rede war. (Lebh. Hört! Hört!)

Abg. Göring: Während die SA. verboten wird, läßt man das „Reichsbanner" bestehen, das zum größten Teil aus Sozialdemokraten besteht, also aus Angehörigen einer Partei, die die Kriegsdienstverweigerung proklamiert hat.

Bei den Sozialdemokraten setzt hierbei ein neuer Proteststurm ein. Abg. Sollmann (Soz.) ruft: „Sie sind ein Lügner!" Abg. Frick-Natsoz. ruft zum Vizepräsidenten Esser: „Sollmann muß zur Ordnung gerufen werden!" Abg. Sollmann (Soz.) ruft: „Ja, ich habe Göring wegen seiner Verleumdung meiner Partei einen Lügner genannt und wiederhole das!" — Vizepräsident Esser ruft den Abg. Sollmann zur Ordnung.

Als der Berliner Polizeivizepräsident in der Nähe des Reichsratstisches sichtbar wird, rufen die Nationalsozialisten laut: „Isidor ist da! — Raus mit Isidor!" — Der Lärm legt sich erst, als Abg. Göring seine Parteigenossen zur Ruhe ermahnt.

Abg. Göring richtet dann weitere Angriffe gegen die Sozialdemokraten unter allgemeiner Unruhe, die in allgemeines Gelächter übergeht, als Vizepräsident Esser sagt: „Ich ersuche den Abgeordneten, sich zu melden, der soeben den Redner „blöder Hammel" genannt hat!" — Ein Sozialdemokrat meldet sich und wird zur Ordnung gerufen. Auf die Frage des Vizepräsidenten, wer Isidor gerufen habe, melden sich fast alle Nationalsozialisten. Sie werden zur Ordnung gerufen.

Das Wort nimmt dann

Reichsminister Groener:

Wenn der Abg. Göring der Regierung und mir den Vorwurf gemacht hat, daß wir durch das Verbot der SA. und SS. der Nationalsozialisten die moralische Abrüstung des Freiheitswillens herbeigeführt hätten, so muß ich dagegen auf das Ernsteste Verwahrung einlegen (erregt mit der Faust auf das Rednerpult schlagend). Ich verbitte mir das! (Händeklatschen in der Mitte, erregte Zurufe bei den Natsoz.) Von den Natsoz. werden nach diesem Satz Zwischenrufe gemacht, von den Sozialdemokraten Gegenrufe. Abg. Frick (Natsoz.) ruft drohend nach links: „Infame Burschen!" hat der da gesagt, wir verlangen Ausweisung oder wir greifen zur Selbsthilfe! Minutenlang dauert hierauf der Lärm an, bis der Vizepräsident endlich dem Minister wieder Ruhe schaffen kann.

Minister Groener fortfahrend: Abg. Göring hat in außerordentlich warmer Weise die Vaterlandsliebe der SA. gerühmt. Es war aber für die Staatsautorität nicht erträglich, daß 400 000 tatbegierige junge Leute nur ihrem Parteiführer zur Verfügung stehen und nicht dem Staat. Ich kann hier nicht das Material vortragen, das uns in die Hände gefallen ist, aber einiges muß einmal gesagt werden zur Erläuterung der Worte, die Hitler in Lauenburg gesagt hat. (Die Abgeordneten Göring und Frank II machen erregte Zwischenrufe.) Hier steht schwarz auf weiß: „Kleine polnische Banden sind abzuwehren. Sobald ein Aufmarsch regulärer Truppen erfolgt, rückt die SA. in die befohlenen Bereitstellungsräume." Als Grund ist angegeben: „Wir wollen unserem Führer unbedingt die SA. zur Verfügung halten." (Zuruf von den Natsoz.: „Na, Ihnen doch nicht etwa!" — Von links